

**Ä1** Menschengerechte statt autogerechte Stadt - Schadstoffbelastung reduzieren!

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

## Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 96 bis 98 löschen:

~~Auf Grund des Überangebots von Emissionszertifikaten fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Reform des SCEQE; die Europäische Union muss einen Minimumpreis von 25 Euro je Lizenz zum Ausstoß von einer Tonne Kohlenstoffdioxid einführen.~~

## Begründung

Der Emissionsrechtehandel wird zu den marktwirtschaftlichen Instrumenten der Umweltpolitik gezählt. Die Grundidee ist es, dem Klimagas CO<sub>2</sub> einen Wert zu geben. Dazu wird eine Höchstmenge an CO<sub>2</sub>, das im Regulierungsgebiet ausgestoßen werden darf, festgelegt und eine bestimmte Anzahl an Zertifikaten an die CO<sub>2</sub>-ausstoßenden Unternehmen verteilt. Die Festsetzung einer Preisuntergrenze trägt nur in sehr geringem Maß dazu bei, das gewünschte Ergebnis einer Einsparung von CO<sub>2</sub> durch Kostenvorteile zu erreichen. Wirksame Maßnahmen, die zu einer Reduzierung des des CO<sub>2</sub>-Ausstoße führen, sind dagegen die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Höchstmenge und der Zertifikate.

Da es sich bei CO<sub>2</sub> nicht um einen Schadstoff handelt, der dem Menschen direkt zusetzt, der Antrag aber in erster Linie diesen Bereich der Verkehrspolitik behandelt, schlagen wir vor den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel nicht zu thematisieren.